

Pressemitteilung

Auch in Wuppertal muss die Schulsozialarbeit weitergehen

Der Stadtverband der GEW Wuppertal fordert den Rat der Stadt auf, in der Ratssitzung im Februar die Fortführung der Schulsozialarbeit über den 31. März hinaus zu gewährleisten. Wird dort kein Beschluss gefasst, bedeutet es das Ende der Schulsozialarbeit an den Schulen Wuppertals und ebenfalls das Ende der engagierten Arbeit der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter.

Das kann sich eine Stadt wie Wuppertal doch nicht ernsthaft erlauben, wo sie sich als eine soziale Stadt verstanden wissen will, die sich um Kinder aus benachteiligten Familiensituationen kümmert.

Landesweit führen die meisten Kommunen die Schulsozialarbeit 2014 fort, um die nun entwickelten Strukturen zu erhalten, denn voraussichtlich erst ab 2015 kann dafür nun doch mit Landesmitteln gerechnet werden. Zur Fortführung benutzen andere Städte entweder eigene Mittel oder die Mittel, die sie im Jahr 2011 wegen des späten Anlaufens der Schulsozialarbeit nicht ausgegeben haben.

In Wuppertal ist es etwas anders gelaufen. Die Stadt hat die Mittel – nach unserer Information 2,8 Millionen Euro - die sie 2011 wegen des verspäteten Beginns der Schulsozialarbeit nicht verbraucht hat, zur Sanierung des Haushaltes benutzt! So wurden mit den Mitteln, die für die Schulsozialarbeit geflossen sind, schlichtweg Pflichtaufgaben der Kommune finanziert. Auch wenn das in der Jugendhilfe geschah, kann das nicht richtig sein.

Die GEW fordert die Stadt auf, diese Mittel ordnungsgemäß einzusetzen und zur Fortführung der Schulsozialarbeit zu verwenden. Die Stadt darf nicht zulassen, dass Ende März Schluss ist.

Die GEW meint: Schulsozialarbeit muss künftig landesweit unabhängig von der Finanzkraft der einzelnen Kommune mit einheitlichen Standards geschehen. Es kann nicht sein, dass Kinder in klammen Kommunen weniger an Bildung und Teilhabe erfahren, als Kinder in reichen Kommunen.

Langfristig muss endlich eine grundsätzliche Lösung gefunden werden. Bildung und Erziehung ist Ländersache. SchulsozialarbeiterInnen müssen deshalb wie LehrerInnen als Landesbeschäftigte an den Schulen arbeiten.

Dafür muss ein verlässliches und zukunftsträchtiges Konzept her.